Beschluss Solidarität mit der Ukraine!

Gremium:	Landesdelegiertenrat
Beschlussdatum:	26.03.2022
Tagesordnungspunkt:	6. Aktuelle Debatte

Antragstext

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verurteilen auf das Schärfste den völkerrechtswidrigen und menschenverachtenden Einmarsch Russlandsin die Ukraine. Gemeinsam mit allen demokratischen Kräften in Deutschland, Europa und aller Welt bekunden wir unsere Solidarität mit den Menschen in der Ukraineund stehen an ihrer Seite. Unsere Gedanken sind bei den Opfern, die dieser Angriffskrieg bereits gefordert hat und noch fordern wird. Unsere Solidarität und Unterstützung gilt auch den mutigen Menschen der russischen Zivilgesellschaft, die sich unter der Gefahr der Verhaftung und jahrelanger Haftstrafen offen gegen die Politik des Putin-Regimes stellen.

Russische Bombardierungen und Raketenangriffe machen vor zivilen Einrichtungen, Wohnhäusern, Theatern, Kliniken nicht halt. Vor allem die Küstenstadt Mariupol gleicht nach Augenzeugen einem Trümmerfeld. Das sind Kriegsverbrechen, für die sich Putin und seine Militärs werden verantworten müssen.

Als Bündnisgrüne stehen wir auf allen Ebenen für den Frieden und die Einhaltung der Charta der Vereinten Nationen ein. Wir begrüßen die Resolutionen der Vollversammlung der Vereinten Nationen, die den Angriff verurteilen und Russland auffordern, die Gewaltanwendung unverzüglich einzustellen. Nur 4 Staaten haben neben Russland diese Resolutionen abgelehnt. Das zeigt die Isolation, in die Präsident Putin sein Land getrieben hat.

Wir begrüßen die weltweite beispiellose Solidarität mit der Ukraine und die Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen Russland. Die Ukraine hat nach Art. 51 der Charta der VN das Recht zur Selbstverteidigung, und wir stehen dazu, dass es in dieser Lage angemessen ist, die Ukraine materiell und ideell dabei zu unterstützen.

Wir begrüßen die seit langem überfällige Distanzierung der Landesregierung vom Projekt Nordstream 2 und den Aktivitäten der zu dessen Unterstützung gegründeten sogenannten „Stiftung für Klima- und Umweltschutz“. Wir fordern Vorstand und Geschäftsführung der Stiftung auf, alle Tätigkeiten für die Stiftung einzustellen und die zur Ruhigstellung des Widerstands gegen das Projekt vorgesehenen Mittel der Stiftung, soweit sie bereits geflossen sind, nicht auszugeben, bis ein Weg zur endgültigen Abwicklung der Stiftung gefunden ist. Wir werden es nicht damit bewenden lassen. Wir fordern volle Transparenz über alle Aktivitäten der Stiftung und die Hintergründe ihrer Gründung.

Innerhalb von wenigen Wochen hat dieser Krieg circa zehn Millionen Menschen veranlasst, ihr Zuhause zurückzulassen. Zweidrittel davon halten sich im Inland auf und werden von Landsleuten so gut es geht aufgenommen. Gut dreieinhalb Millionen Menschen haben das Land verlassen. Wir sind froh über die riesige Hilfsbereitschaft in Polen, Ungarn, Rumänien, der Slowakei und der Moldaurepublik. Die Ukraine ist ein buntes Land, das sich unter anderem vielen afrikanischen Studenten geöffnet hat. Wir wünschen uns deshalb, dass bei der

Hilfe keine Unterschiede nach Hautfarbe und ethnischer Herkunft gemacht werden. Alle Kriegsflüchtlinge verdienen Unterstützung und Hilfe.

Wer vor Krieg und Gewalt flieht, ist bei uns willkommen. Wer Schutz sucht, findet bei uns in Mecklenburg-Vorpommern Sicherheit und, wenn gewünscht, auch ein neues Zuhause. Die Hilfsbereitschaft im Land ist beeindruckend. Aber es wird notwendig sein, diese bald mit professionellen Strukturen zu untersetzen bzw. bestehende Hilfsstrukturen zu stärken, um Erschöpfung zu vermeiden. Der ersten Hilfe nach der Ankunft muss über einen langen Zeitraum Beratung, Betreuung und Integrationsunterstützung folgen. Dazu müssen Land und Bund Fördermittel weiter aufstocken und Verwaltungsprozesse einfacher und transparenter machen. Auch bei uns darf es keine Unterschiede zwischen ukrainischen Staatsbürger:innen und Menschen aus Drittstaaten geben. Die Integration muss besser als in den vergangenen Jahren Konfliktpotenziale im Blick haben. Wo es ukrainischen Geflüchteten leichter gemacht wird, müssen Erleichterungen so gut es geht allen Geflüchteten zugutekommen. Auch wenn die meisten Geflüchteten hoffen, bald zurückkehren zu können, müssen insbesondere der Spracherwerb und Kontakte zur unmittelbaren Wohnumgebung unterstützt werden.

Das sichere Leben im eigenen Land kann all das nicht ersetzen. Deshalb bleibt es dabei: Die Souveränität der Ukraine ist nicht verhandelbar. Putin muss die Angriffe auf die Ukraine sofort einstellen und seine Truppen aus der Ukraine zurückziehen. Das fordern wir mit mehr als Zweidrittel aller Staaten der Welt.

Frieden und Unabhängigkeit für die demokratische Ukraine!

Beschluss Europa sicherer machen

Gremium:	Landesdelegiertenrat
Beschlussdatum:	26.03.2022
Tagesordnungspunkt:	6. Aktuelle Debatte

Antragstext

Wir stehen solidarisch an der Seite der Bürger*innen der Ukraine. Der mutwillige, völkerrechtswidrige und unentschuldbare russische Angriffskrieg ist entsetzlich. Unsere Gedanken sind bei den Opfern, die dieser Angriffskrieg bereits gefordert hat und ihren Angehörigen.

Putins Krieg gegen die Ukraine ist ein Angriff auf Frieden, Demokratie und Freiheit in Europa. Die Bundesregierung hat mit aller diplomatischer Kraft versucht, diese Eskalation zu verhindern. Alle denkbaren nicht-militärischen und präventiven Versuche wurden unternommen, unzählige Gespräche und persönliche Besuche haben stattgefunden. Am Ende war es Putin, der die Gespräche abgebrochen hat und mit seinem Einmarsch gewalttätig Fakten schafft.

Mit diesem Angriff hat sich die europäische Sicherheitslage grundlegend verändert. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist nicht verhandelbar, dass jedes Land ein Recht auf vollständige außenpolitische Souveränität und ein unabdingbares Recht auf Selbstverteidigung hat. Deutschland unterstützt die Ukraine daher nicht mehr nur humanitär, sondern auch bei der Ausstattung mit dringend gewünschtem Material, darunter Panzerabwehrwaffen und Boden-Luft-Raketen aus Beständen der Bundeswehr. Diese Unterstützung ist richtig.

Der Landesverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MV fordert fortwährende politische, wirtschaftliche, finanzielle und humanitäre Unterstützungsmaßnahmen für die Ukraine.

Gleichzeitig gilt unsere Solidarität und Unterstützung auch den mutigen Menschen der russischen Zivilgesellschaft, die Frieden fordern und sich offen oder subtil gegen die Politik der russischen Regierung stellen und dafür verfolgt werden. Gerade jetzt ist es wichtig zu signalisieren, dass wir all diese Menschen mit offenen Armen begrüßen und ihnen Zuflucht vor der rücksichtslosen und brutalen Verfolgung des Putin-Regimes gewähren.

Darüber hinaus heißen wir all jene willkommen, die desertieren oder den Wehrdienst verweigern. Es ist keine Schande, sondern menschlich, vor Krieg zu flüchten.

Putin hat nicht nur die Ukraine angegriffen, sondern auch die europäische Sicherheitsarchitektur der Nachkriegszeit. Wiederholt verschiebt der russische Präsident gewaltsam Grenzen in Europa. Im Zusammenhang mit dem Angriff auf die Ukraine überzog Putin mehrere ost- und nordeuropäische Staaten mit weitreichenden Drohungen.

Wir sind solidarisch mit unseren osteuropäischen NATO- und EU-Partnern und tragen ihrem gestiegenen Sicherheitsbedürfnis durch konkrete Maßnahmen im Rahmen dieser Bündnisse Rechnung. Hierzu zählt unter anderem die Verstärkung ziviler und militärischer Präsenz in den osteuropäischen Partnerstaaten.

Der Frieden in Europa ist keine Selbstverständlichkeit mehr. Das hat Folgen für uns in Deutschland und in der EU. Wir sind somit gezwungen, unsere deutsche und europäische Außenpolitik zu diskutieren, um sie den neuen Realitäten anzupassen. Als Partei, deren Wurzeln auch in der Friedensbewegung liegen, streben wir eine Welt an, in der ab- und nicht aufgerüstet wird. Doch wir blicken nicht blind in diese Welt.

Der Angriffskrieg auf die Ukraine macht deutlich, dass wir signifikant in unsere Sicherheit investieren müssen. Die Grundlage hierfür muss ein umfassendes Sicherheitsverständnis sein, das Resilienz und Krisenfähigkeit mit militärischen Fähigkeiten gemeinsam betrachtet.

Zurzeit wird deutlich, wie sehr die Bundeswehr unter dem jahrzehntelangen Missmanagement im Beschaffungswesen und im Verteidigungsministerium gelitten hat. Sie verfügt nicht über genügend Material, um sich voll handlungsfähig zu zeigen. Eine angemessene Ausstattung, z.B. mit Schutzausrüstung und Munition zur Gewährleistung der grundlegenden Verteidigungsfähigkeiten, sind überfällig. Deshalb begrüßen wir die aktuellen Bemühungen, Ausrüstungs- und Fähigkeitslücken zu schließen. Gleichzeitig muss das Beschaffungswesen dringend reformiert werden, damit investiertes Geld auch wirklich zu mehr Sicherheit führt.

Es liegt auf der Hand, dass eine Verbesserung der Ausrüstung und Ausstattung in enger Abstimmung mit unseren europäischen Partnerländern erfolgen muss. Ausgaben müssen im europäischen Verbund besser miteinander abgestimmt werden, um in der gesamteuropäischen Verteidigung Lücken zu schließen und unnötige Doppelausgaben zu vermeiden.

Wir müssen uns als BÜNDNISGRÜNE zudem einer neuen Diskussion um die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU stellen.

Gleichzeitig ändert eine besser ausgestattete Bundeswehr für uns nichts am Primat der zivilen Außenpolitik und Krisenvorsorge. Daher müssen Diplomatie, humanitäre Hilfe, zivile Krisenprävention, Katastrophen- und Bevölkerungsschutz ebenfalls gleichberechtigt gestärkt werden. Auch die Cybersicherheit werden wir viel stärker in den Blick nehmen müssen. Bereits in der Vergangenheit haben Hackerangriffe hierzulande gezeigt, dass unsere Fähigkeiten in der Abwehr von Cyberattacken ungenügend sind.

Investitionen in die energiepolitische Unabhängigkeit bedeuten immer auch einen Gewinn an Sicherheit. Die Energiewende stärkt unsere Position und muss so schnell wie möglich vorangetrieben werden. Russlands Deviseneinnahmen aus dem Export fossiler Rohstoffe haben die russische Aufrüstung mit ermöglicht und finanzieren einen relevanten Anteil des Krieges gegen die Ukraine.

Die Energiepolitik der Großen Koalition war fehlgeleitet und führte unter anderem zu der heute sichtbaren Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus Russland. Die neue Bundesregierung bringt nun zielgerichtete Maßnahmen auf den Weg, um so schnell wie möglich von Kohle, Öl, Gas wegzukommen und den Verbrauch schnell zu reduzieren. Energiesouveränität ist eine Frage der nationalen Sicherheit. Sie braucht eine nationale und europäische Kraftanstrengung. Auch auf Landesebene muss jetzt endlich die Handbremse bei den Erneuerbaren Energien gelöst werden. Mit zwei Prozent unserer Landesfläche für die Windkraft und einem Prozent für Solarenergie können wir innerhalb kürzester Zeit 100 Prozent Erneuerbare Energien in unserem Land realisieren.

Die Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern hat in den vergangenen Wochen Beachtliches geleistet, um die geflüchteten Menschen aus der Ukraine willkommen zu heißen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN danken allen haupt- und ehrenamtlich in der Hilfe engagierten Menschen. Jetzt gilt es, schnellstmöglich die Landesstrukturen für die Geflüchtetenaufnahme und Integration umfassend auszubauen.

A2_neu Verteidigungspolitik muss rational bleiben – Klimaschutz und internationale Kooperation statt pauschale Aufrüstung

Antragsteller*in: Arndt Müller (KV Schwerin)
Tagesordnungspunkt: 6. Aktuelle Debatte

Antragstext

Der Landesdelegiertenrat beschließt:

1. Der Landesverband von Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern verurteilt in aller Schärfe den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Wir stehen solidarisch an der Seite der Menschen der Ukraine, beteiligen uns an Hilfsmaßnahmen und treten für eine schnellstmögliche Beendigung des Angriffs und den vollständigen Rückzug russischer Truppen von ukrainischem Staatsgebiet ein.

2. Trotz dieser unfassbaren Gewalt spricht sich der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern von Bündnis 90/Die Grünen gegen die von Bundeskanzler Scholz (SPD) verkündete, außergewöhnlich hohe Aufstockung des Verteidigungshaushalts aus. Wir lehnen die Abkehr vom Primat der zivilen Konfliktprävention ab.

3. Verteidigungspolitik muss rational und erklärbar sein – eine Erhöhung der Mittel für Verteidigung von ca. 47 auf dann dauerhaft 70 und mehr Milliarden Euro pro Jahr ist dies nicht. Ebenso verhält es sich mit dem Sondervermögen von 100 Milliarden Euro, die für die nächsten Jahre zur Verfügung stehen sollen und die den bereits in der Vergangenheit aufgestockten Verteidigungsetat zusätzlich erweitern. Geht man von einer Personenstärke von 185.000 aktiven Soldat:innen aus, stünden dann je Soldat:in in jedem Jahr etwa 400.000 Euro zur Verfügung. Wir bezweifeln, dass diese Ausgabensteigerung allein mit nachholender verbesserter Ausstattung der Truppe für die Landesverteidigung und für Kriseneinsätze zu begründen ist. Alleine die EU-Staaten geben bereits jetzt mit ca. 340 Milliarden € pro Jahr etwa fünfmal so viel wie Russland für ihre Streitkräfte aus. Der NATO-Partner USA wendet mehr als 600 Milliarden pro Jahr auf.

4. Wir streben eine Ausstattung der Bundeswehr an, die in einem mit den Partnerstreitkräften abgestimmten Konzept optimiert ist. Es muss nicht jede nationale Armee alles vorhalten. Wir erwarten von der Bundesregierung Initiativen für entsprechende Abstimmungen auf internationaler Ebene.

5. Die Probleme der Bundeswehr liegen in erster Linie im Beschaffungswesen. Wir appellieren an den Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, darauf hinzuwirken, dass die Mittel für die Bundeswehr für ein besseres und an Effizienz ausgerichtetes Beschaffungswesen und nicht für die pauschale Vermehrung von Waffensystemen eingesetzt werden.

6. Der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern von Bündnis 90/Die Grünen lehnt die vom Koalitionspartner FDP geäußerte Zielstellung, die „Bundeswehr zu einer der schlagkräftigsten Armeen“ zu entwickeln, ab. Die Formulierung

derartiger Superlative verbietet sich vor dem Hintergrund der Geschichte des vergangenen Jahrhunderts, in der deutsche Armeen entsetzliches Leid über Europa gebracht haben.

7. Der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern fordert die Bundesregierung auf, die jetzt veranschlagten 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr sowie die 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zusätzlich zu den bereits veranschlagten Mitteln für den Kampf gegen den Klimawandel und gegen die soziale Ungleichheit in unserem Land einzusetzen.

Begründung

Trotz der uns alle schockierenden Ereignisse um den Überfall der Ukraine durch Russland, dürfen nun nicht Schlussfolgerungen gezogen werden, die dem bereits in der Vergangenheit erfolglosen Wettrüsten der militärischen Blöcke gleichen. Die einmalige Erhöhung des Wehretats um 100 Milliarden Euro zusätzlich zu den bereits im Haushalt veranschlagten rund 50 Milliarden Euro ist uns zu pauschal. Sie geht bisher nicht nachvollziehbar auf die tatsächlichen Herausforderungen bei der Organisation und Ausrüstung der Bundeswehr ein. Bereits 2016 kündigte die damalige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) an, in den kommenden 15 Jahren insgesamt 130 Milliarden Euro in die Ausrüstung der Bundeswehr investieren zu wollen und das bereits unter Berücksichtigung der sicherheitspolitischen Lage nach Annexion der Krim durch Russland[1]. Diese Summe ist demnach bereits in der Langfriststrategie für den Verteidigungshaushalt der Bundesrepublik berücksichtigt. Nun sollen jedoch zusätzliche Mittel von 100 Milliarden Euro bereitgestellt werden, sowie eine Erhöhung der jährlichen Verteidigungsausgaben auf 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes durchgeführt werden.

Die Bundeswehr muss so ausgestattet sein, dass sie einerseits unser Land verteidigen und anderseits den Bündnisverpflichtungen in der NATO nachkommen kann. Jegliche darüberhinausgehende Kapazitätserhöhung ist nicht vom Grundgesetz gedeckt (GG Artikel 87a).

Aufgrund unserer Verantwortung vor der Geschichte haben wir Sorge dafür zu tragen, dass eine deutsche Armee nie wieder den Anspruch formuliert, „größte“, „schlagkräftigste“ oder „stärkste“ Armee zu sein. Dies ist in entsprechenden Verlautbarungen immer wieder klar zu stellen. Die Bundeswehr dient ausschließlich der Verteidigung sowie Aufgaben, für die sie ein Mandat durch den Bundestag erhält.

Eine pauschale Zuweisung von 100 Milliarden Euro an die Bundeswehr kann im Zweifelsfall nicht zu einer messbaren Steigerung der Abwehrbereitschaft beitragen, wenn sie nicht an den tatsächlichen Erfordernissen, an den tatsächlichen Aufgaben und den tatsächlichen Fehlstellen der Streitkräfte orientiert ist. Die Erhöhung des Wehretats darf auf keinen Fall eine pauschale Finanzspritze für die Rüstungsindustrie sein, sondern muss zu einer messbaren Verbesserung der Aufgabenerfüllung führen.

Inwieweit 100 Milliarden Euro möglicherweise auch deutlich zu hoch angesetzt sind, muss mit den entsprechenden Expertinnen und Experten diskutiert werden. Auf keinen Fall darf vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen aus dem Blickfeld geraten, dass eine der wichtigsten sicherheitspolitischen Themen, vielleicht sogar das wichtigste Thema, der Kampf gegen den Klimawandel und die mit ihm im Zusammenhang stehenden finanziellen Herausforderungen aus dem Blickfeld geraten. Modellrechnungen bilanzieren für Deutschland einen wirtschaftlichen Schaden von 730 Milliarden Euro in den nächsten 50 Jahren, wenn wir nicht jetzt konsequent Maßnahmen gegen den Klimawandel ergreifen[2].

Quellen:

[1]https://www.deutschlandfunk.de/von-der-leyen-130-milliarden-euro-fuer-die-bundeswehr-100.html

[2]https://www.spiegel.de/wirtschaft/klimawandel-koennte-deutschland-730-milliarden-euro-kosten-a-a6fd8169-cc35-4e7b-9f73-c6bfdfc61352

Unterstützer*innen

Falk Jagszent (KV Mecklenburgische Seenplatte); Gaby Raasch (KV Ludwigslust-Parchim); Jana Bürger (KV Rostock); Ulrike Seemann-Katz (KV Ludwigslust-Parchim); Andreas Katz (KV Ludwigslust-Parchim); Jan Dieminger (KV Nordwestmecklenburg); Claudia Schulz (KV Rostock)